

Notwendigkeit und Möglichkeiten „Alternativer Wirtschaftspolitik“

Zur Begründung der „Memoranden“

Rudolf Hickel, geboren 1942 in Nürnberg, Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Berlin und Tübingen, 1967 bis 1971 Wissenschaftlicher Assistent an den Universitäten Tübingen und Konstanz, seit 1973 Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen, Mitarbeit an den Memoranden zur „Alternativen Wirtschaftspolitik“.

Anstöße

Seit 1975 hat sich viermal eine organisatorisch nicht gebundene und verbundene Gruppe kritischer Wirtschaftswissenschaftler, die an Universitäten, in Forschungsinstituten, Gewerkschaften und Parteien arbeiten, durch die Vorlage von „Memoranden“ zur Wirtschaftspolitik zu Wort gemeldet¹. Trotz Unterschiedlichkeiten in der Schwerpunktsetzung - vor allem in der theoretischen und empirischen Ausführlichkeit - sind diese „Memoranden“ durch eine Gemeinsamkeit charakterisiert. Im

* Dieser Beitrag basiert auf den bisher erschienenen „Memoranden“ sowie auf den intensiven wissenschaftlichen Diskussionen in der Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik“. Insoweit referiert er die Grundauffassungen, die in die „Memoranden“ eingegangen sind. Es handelt sich jedoch um keine, mit den „Memoranden“-Unterzeichnern abgestimmte, offizielle Darstellung.

¹ Folgende „Memoranden“ sind zwischenzeitlich der Öffentlichkeit vorgelegt worden: 1975: Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/1975, S. 1287 ff.; 1977: Vorschläge zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit; in: Blätter... 5/1977, S. 625 ff.; 1978: Memorandum'78-Alternativen der Wirtschaftspolitik; Kurzfassung in: Blätter... 5/1978, S. 624 ff.; Langfassung im Bund-Verlag Köln 1978 (zwischenzeitlich 2. Aufl. 1979); 1979: Memorandum '79 - Vorrang für Vollbeschäftigung - Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1979; Auszüge in: Blätter... 5/1979, S. 614 ff.

Gegensatz zu vorherrschenden, marktoptimistischen Diagnosen und Prognosen wirtschaftlicher Entwicklung, stellen die „Memoranden“ die dabei systematisch vernachlässigten - ansonsten als Restgröße behandelten - Lebensbedingungen der Arbeitnehmer in den Vordergrund.

Der Anstoß zur fortgesetzten Vorlage dieser Alternativgutachten, aber auch ihre breite Resonanz hängen mit der wirtschaftlichen Entwicklung, ihrer dominanten Interpretation und der entsprechend eingerichteten Wirtschaftspolitik zusammen. Seit der schwersten Nachkriegs-Wirtschaftskrise 1974/75 -im Krisenjahr 1975 wird das erste „Memorandum“ vorgelegt - hat sich die Arbeitslosigkeit als Dauerphänomen eingestellt. Die durch die Arbeitnehmer insbesondere vorfinanzierten Gewinn- und Produktionsaufschwünge in den Nachfolgejahren schlagen auf die Arbeitsmärkte nicht mehr nachhaltig durch. Durch die zunehmende Relevanz der Rationalisierungsinvestitionen — über staatliche Technologiepolitik aktiv gefördert — kommt es zu einer „Entkopplung“ (Jörg Huffschmid) zwischen Produktions- und Beschäftigungsentwicklung. Die wirtschaftliche Entwicklung polarisiert sich zuungunsten der Arbeitnehmer.

Seit der Wirtschaftskrise 1974/75 empfiehlt die marktorthodoxe Wirtschaftswissenschaft - allen voran der „Rat der fünf Weisen“ - massiv eine Antikrisenpolitik, in deren Mittelpunkt die Umverteilung zugunsten der Gewinne steht. Durch zurückhaltende Lohnpolitik einerseits und entsprechende Finanzpolitik andererseits sollten die Gewinne verbessert werden, denn aus ihnen resultierten beschäftigungssichernde Investitionen. Die mittelfristige Wirtschaftspolitik ist von ihren Grundlagen her dieser Umverteilungsstrategie zum Großteil gefolgt. „Haushaltskonsolidierung“ zu Lasten sozialorientierter Teile des Budgets einerseits und Steuerentlastungs- sowie Ausgabenprogramme zur Stabilisierung privatwirtschaftlicher Gewinne andererseits. Der SVR besteht auch in seinem jüngsten Jahresgutachten (1979/80) auf der mittelfristigen Strategie der Verstetigung der Formel: Gewinne - Investitionen - Beschäftigung.

Die Krisenerklärung des marktorthodoxen Beratungskartells

Im Zentrum wissenschaftlicher Kritik mußte und muß jene Wirtschaftswissenschaft stehen, die für diese marktorthodoxe Antikrisenpolitik das entsprechende Erklärungsmuster liefert. Dies impliziert vor allem die Kritik des Krisenszenarios, das der SVR erstmals geschlossen im 75er Jahresgutachten vorgelegt hat und das die theoretische Legitimation für die praktizierte Wirtschaftspolitik abgeben sollte. Im Kern läuft die Sachverständigen-Krisenerklärung auf die Feststellung hinaus, daß im Prinzip gewinngesteuerte Marktwirtschaften in sich stabil seien, also eine krisenfreie, optimale Produktion, Verteilung und Beschäftigung garantieren könnten. Wenn es zu Krisen komme, dann seien diese „außermarktmäßig“ bedingt. Außerhalb des Marktes stehende Kräfte würden also „marktinkonforme“ Ansprüche stel-

len, die dieser nicht verarbeiten könne und deshalb mit Produktions- und Beschäftigungseinschränkung zwangsläufig reagieren müsse. Als außermarktmäßige Störenfriede gegenüber einer an sich stabilisierungsfähig behaupteten Wirtschaft bezeichnet der SVR lohnfordernde Gewerkschaften und den Konjunktur und Sozialpolitik betreibenden Staat.

Im 1976 angebotenen Konstrukt der „Mindestlohnarbeitslosigkeit“ werden die beschäftigungspolitischen Konsequenzen dieser „marktfremden“ Einflüsse durch den SVR festgehalten: Einerseits setzen danach die Gewerkschaften Löhne durch, die über denen liegen, die sich am Markt — was das auch immer heißt — einspielen würden. Andererseits sorgt die Konjunkturpolitik - durch Ausgabenprogramme - und die Sozialpolitik - durch soziale Sicherung von Arbeitslosen - dafür, daß die aus zu hohen Löhnen abgeleitete Arbeitslosigkeit politisch überdeckt wird. Im Klartext heißt das: Die eigentlich krisen*kompensierende* Politik wird in die Ursache der Wirtschaftskrise umgemünzt, denn dem SVR-Konzept nach wird dadurch verhindert, daß der einzelne Beschäftigte die Risiken der Arbeitslosigkeit auch individuell verspürt und daß darüber ein Druck auf sinkende Löhne zustande kommt. Die Vorstellung eines vollbeschäftigungskonformen Lohnniveaus, das der SVR analytisch nicht bestimmen kann, steht dahinter. Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen aus der so verdrehten Kausalität zwischen Ursachen und Folgen der Wirtschaftskrise sind deutlich: Wenn Vollbeschäftigung erreicht werden soll, müssen Lohnzuwächse zurückgeschraubt und Konjunktur- und Sozialpolitik — im Sinne der Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos — zurückgenommen werden.

Gegen diese sich verbreitende Kriseninterpretation und die mit ihr verbundenen wirtschafts- und sozialpolitischen Konsequenzen wenden sich alle bisher vorgelegten Memoranden. Die Notwendigkeit dieser Kritik kann nicht genügend betont werden. Es zeigt sich nämlich, daß gerade angesichts sich vertiefender Krisentendenzen paradoxerweise auf längst totgeglaubte Ladenhüter der marktwirtschaftlichen Dogmengeschichte zurückgegriffen wird. Dieser Rückgriff hat insbesondere die Funktion, Lernprozesse aus der Wirtschaftskrise in Richtung notwendiger Reformen des Wirtschaftssystems zu verhindern.

Der keynessche Nachweis, daß privatwirtschaftliche Systeme zu unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, also einer Situation, wo Arbeitswillige nicht arbeiten können, führen, stellt ein Ärgernis für Markttheoretiker dar. Anstatt die keynessche Wirtschaftspolitik über ihre eigenen Beschränkungen hinauszuführen, wird sie theoretisch zurückgenommen. Die Arbeitslosigkeit wird entweder zur „unechten“ (Mindestlohnarbeitslosigkeit) erklärt, oder aber sie wird als institutionell-„freiwillig“ verursacht bezeichnet; sie soll auch aus der Suche nach besseren Beschäftigungsbedingungen („Sucharbeitslosigkeit“) entstehen (individuell-„freiwillig“).

Die Kritik dieser Varianten der Verdrängung, Rationalisierung und Verharmlosung von Arbeitslosigkeit, die der SVR immer wieder aufgreift, würde sich nicht loh-

nen, handelte es sich nur um akademische Spielereien. In einer steigenden theoretischen und politischen Verunsicherung angesichts krisenhafter Tendenzen wächst jedoch der Einfluß dieser Denkweise, die durch machtvolle Instanzen und Medien pausenlos vermittelt wird, auf das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Handeln. Fortschrittliche Kräfte in der Politik, aber auch die Gewerkschaften geraten unter massiven Dauerdruck. Verdeutlichen läßt sich dies auch an der tarifpolitischen Situation Ende 1979: Die gesamte organisierte Meinungsbildung wird mit scheintheoretischer Plausibilität auf die Notwendigkeit eingeschworen, erneut zurückhaltende Lohnabschlüsse zu praktizieren.

Das vom SVR entworfene Szenario ist so gestaltet, daß eventuell ansteigende Arbeitslosigkeit - selbst wenn sie auf gewinnwirksame Rationalisierungsinvestitionen zurückgeht - immer der gewerkschaftlichen Lohnpolitik zugeschanzt wird. Denn man erinnere sich der Festschreibung des Verschuldungsprinzips durch den „SVR“: Arbeitslosigkeit - egal woher sie kommt - indiziert immer ein zu hohes Lohnniveau. Anders ausgedrückt: die Löhne bleiben der einzige Schraubenschlüssel, der gegen Krisen eingesetzt werden soll. Gegen die Aussagen und Techniken, mit denen dieses umfassende, offiziöse wirtschaftspolitische Programmierungskartell operiert und für das nur die gewerkschaftliche Politik gut ist, die ihren Vorstellungen folgt, ist die vereinzelte, individuelle, wissenschaftliche Kritik hilflos.

Wirtschaftswissenschaftliche „Gegenöffentlichkeit“ geboten

Die Zurückdrängung des Einflusses dieses Beratungskartells auf die öffentliche Meinungsbildung verlangt die Mobilisierung einer wissenschaftlich fundierten Gegenöffentlichkeit. Denn das vorherrschende Beratungskartell basiert auf dem desorientierenden Anspruch, wissenschaftlich fundiert und wertneutral zu argumentieren. Zu zeigen, daß sich hinter dieser behaupteten Neutralität und Sachrationalität die Pflege spezifischer Wirtschaftsinteressen verbirgt, und daß die empfohlene Politik erfolglos bleibt, ist eine Hauptaufgabe der Kritik. Positiv gewendet heißt das: im Mittelpunkt der sozial-ökonomischen Alternativanalysen steht diagnostisch die Beschreibung der Lage der Arbeitnehmer und therapeutisch die Intention, diese stetig zu verbessern.

Absicht der Memoranden ist es, Wirtschaftswissenschaftler - unabhängig von ihrer sonstigen Tätigkeit und Einstellung - zusammenzubringen. Dabei eint diese Wirtschaftswissenschaftler die Grundauffassung, einerseits die Neutralitätsthese herrschender Politikberatung auf ihre Interessenstandpunkte hin aufzulösen und andererseits die Lage der Arbeitnehmer zum Ausgangspunkt der Analyse und Therapie zu nehmen. Instrumente der Etablierung einer Gegenöffentlichkeit sind Pressekongresse, Vorträge, Bildungsarbeit und Veröffentlichungen, mit denen die erstellten und unterzeichneten Memoranden verbreitet werden.

Die Adressaten der Memoranden

Aus der generellen Zielsetzung dieser Gegenöffentlichkeit, die sich autonom versteht und verstanden wissen will, ergeben sich die unterschiedlichen Adressaten für die Memoranden: Es sind dies die herrschende Wirtschaftswissenschaft, die breite Öffentlichkeit und die Träger der Wirtschaftspolitik.

Die theoretische Kritik konzentriert sich insbesondere auf Versuche, Marktwirtschaften von der Krisentendenz freizusprechen. Darüber hinaus aber geht in die Memoranden ein Wissenschaftsverständnis ein, das Theorie und Praxis explizit in Zusammenhang bringt. Die Memoranden betonen die Möglichkeit alternativer Gestaltbarkeit ökonomisch-gesellschaftlicher Verhältnisse. Was in den herrschenden Modellen der Ökonomie gelegentlich in Form von Prämissen festgeschrieben wird — der ökonomische Rahmen — erweist sich bei näherem Besehen als eine gesellschaftliche Option, die jedoch zur Disposition gestellt werden kann. Die Konzeption einer alternativen Wirtschaftspolitik beruht auf diesem produktiv auszunutzenden Zusammenhang von Theorie und Praxis. Werden in der Analyse die Systemfolgen und -grenzen ökonomischer Reproduktion — etwa die Unvermeidbarkeit zyklischer Krisen — gezeigt, so fällt dem Nachweis von Alternativen die Funktion zu, deutlich zu machen, wie durch institutionelle Veränderungen diese überwunden werden können.

Der Einfluß der Memoranden auf die wirtschaftswissenschaftliche Auseinandersetzung ist nicht von der Hand zu weisen. Zum Teil ist es gelungen, diese in die Lehr- und Seminararbeit einzubeziehen. Sicherlich ist auch die wachsende Relevanz darin zu sehen, daß sich die etablierte Wirtschaftswissenschaft dazu gezwungen sah, sich mehrfach mit den „Memoranden“ auseinanderzusetzen². Selbstverständlich richten sich die Memoranden, wie bereits gezeigt, auch auf die Arbeit des Sachverständigenrates. Die breite Öffentlichkeit soll über die Position der Memoranden durch die Massenmedien erreicht werden. Die Massenmedien bilden zwar keine stabile Basis für eine aktive Gegenöffentlichkeit. Die Tatsache aber, daß die Memoranden in Form von Pressekonferenzen jeweils zum 1. Mai vorgelegt wurden, hat zu einer Verbreiterung der Information über Existenz und Zielsetzungen der Arbeitsgruppe geführt. Memo-Positionen werden in journalistische Analysen einbezogen, das Beratungsmonopol des SVR wurde ansatzweise eingeschränkt.

Die „Memoranden“ wenden sich auch an die Träger der Wirtschaftspolitik. Die offiziellen Reaktionen beschränkten sich bisher auf kritische Kommentierungen durch den Sprecher der Bundesregierung. Durch Hinweise aus den zuständigen Abteilungen in den betroffenen Ministerien ist jedoch deutlich geworden, daß man sich dort durchaus mit den Alternativgutachten beschäftigt. Von wesentlich größerer Re-

² Marktorientierte, neoklassische Kritiken an den „Memoranden“ haben vorgelegt: J. Starbatty, Kritische Anmerkungen zu den „Alternativgutachten“; in: List-Forum, Bd. 9 H. 6 (1977/78); R. Vaubel, „Alternativen der Wirtschaftspolitik“? Das Memorandum der 130: Eine Widerlegung; in: Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 56, Kiel 1978.

levanz sind die Möglichkeiten indirekter Einflußnahme. Dies rückt die Frage in den Mittelpunkt, inwieweit in den im Bundestag vertretenen Parteien Memorandum-Positionen aufgegriffen werden. Abgesehen von vereinzelt Reaktionen aus der FDP beschränkt sich die teilweise positive, parteipolitische Wahrnehmung auf die SPD. Aus der parteipolitischen Ungebundenheit der Memoranden folgen als weitergehende Adressatengruppe die im Bundestag nicht vertretenen Parteien, Bürgerinitiativen und Alternativbewegungen, die die Grundauffassung der Memoranden teilen und somit ein wichtiges Stück dieser Gegenöffentlichkeit bilden.

Gewerkschaften als Adressaten

Aus der wissenschaftlichen Grundausrichtung der Memoranden ergeben sich vernünftigerweise enge Bezüge zu den Gewerkschaften, die eine dauernde Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer zum Ziel haben. Eine der wichtigen Funktionen der von Wirtschaftswissenschaftlern vorgelegten Memoranden liegt darin, die marktideologisch immer wieder verdrängte Größe, die Arbeitnehmer in den Mittelpunkt von Analysen und Alternativvorschlägen zu stellen. Daraus kann sich eine produktive Unterstützung allgemeiner Gewerkschaftsziele insoweit ergeben, als auch von der Wissenschaft her den grundlegenden Auffassungen der Gewerkschaften -nicht nur an den Universitäten - Platz geschaffen wird. Die Auseinandersetzung allerdings muß auch unter den institutionellen Bedingungen von Wissenschaftsorganisationen geführt werden. Durch die die realen Verhältnisse beim Namen nennenden „Alternativwissenschaftler“ läßt sich das vorherrschende Beratungskartell zurückdrängen, denn die innerhalb der Wissenschaft geführte Kontroverse über Grundsatzpositionen kann auf die öffentliche Meinungsbildung durchschlagen. Eine wesentliche Voraussetzung für einen produktiven Zusammenhang zwischen der Memorandumsarbeit und den Gewerkschaften ist es, daß keine organisatorischen Abhängigkeitsverhältnisse entstehen. Die inhaltliche Position der Memoranden ist Resultat wissenschaftlicher Arbeit, die unabhängig von tagespolitischen, innerorganisatorisch-taktischen Erwägungen der Gewerkschaften ist.

Diese Unabhängigkeit verbietet es auch, mit der Vorlage von Memoranden innergewerkschaftliche Willensbildungsprozesse unterlaufen oder gar Entscheidungen aushebeln zu wollen. Die Alternativen bilden - wie viele andere Dokumente und Stellungnahmen - einen Beitrag zur Diskussion über die Gegenwart und Zukunft der Wirtschaftspolitik. Die Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik“ ist weder Sprachrohr der Gewerkschaften noch ein innergewerkschaftliches Entscheidungssurrogat.

Wird diese wechselseitige Abgrenzung verwischt, dann wird nicht nur das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der Memoranden-Gruppe geschwächt; diese würde darüber hinaus dazu beitragen, die Artikulation der Arbeitnehmerinteressen in Wissenschaft, Politik und den Medien zu erschweren. Aus der Gemein-

samkeit der Grundauffassungen erklärt sich die Tatsache, daß die Memoranden von Gewerkschaftsfunktionären unterzeichnet worden sind. Gerade die gewerkschaftliche Berufsrolle, die sie ständig mit den schädlichen Wirkungen einer kapitalorientierten Wirtschaftspolitik konfrontiert, veranlaßt die Unterzeichner aus den Gewerkschaften, auf allen Ebenen der Wissenschaft und Politikberatung die Arbeitnehmerposition durch öffentliche Darstellung zu verankern. Der Vorwurf, der gelegentlich erhoben worden ist, diese Unterschriften aus dem Gewerkschaftsbereich müßten innergewerkschaftlich fraktionierend wirken, ist deshalb unhaltbar, weil die Memoranden unabhängig von den innergewerkschaftlichen Entscheidungen formuliert werden und sich als Gegenöffentlichkeit verstehen. Der positive Beitrag der „Memoranden“ liegt vor allem darin, die allgemeine Notwendigkeit einer alternativen Wirtschaftspolitik deutlich zu machen, um darüber die Bedingungen für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Grundauffassungen zu verbessern. Diese Zielsetzung gilt für alle Adressatengruppen, die hier aufgeführt wurden.

Analyse und Erklärung

Die empirisch abgesicherte, theoretische Analyse der Memoranden ist grundsätzlich darauf angelegt, die folgenden realen Phänomene aus „einem Guß“ zu erklären:

- Für die Entwicklung der bundesrepublikanischen Wirtschaft ist von Anfang an eine zyklische Bewegung (in Raten des wirtschaftlichen Wachstums) festzustellen.
- Mit der zyklischen Bewegung der wirtschaftlichen Entwicklung setzt sich langfristig ein Trend zunehmender Akkumulationsschwäche durch. Weiterhin zeigt sich, daß seit Ende der sechziger Jahre die Zyklen kürzer, ihre Ausschläge nach unten tiefer ausfallen und die Aufschwünge schwerer in Gang zu setzen sind.
- Seit Anfang der sechziger Jahre wird auch die Diskrepanz zwischen dem Tempo der Entwicklung der Arbeitsproduktivität einerseits und dem des wirtschaftlichen Wachstums andererseits größer. Während die sich aus dieser öffnenden Schere ergebende Arbeitsplatzvernichtung bis Anfang der siebziger Jahre durch arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen kompensiert werden konnte, gelingt dies in den Folgejahren aufgrund steigender Akkumulationsschwäche und intensiver Rationalisierungen nicht mehr. Seit 1975 zeigt sich eine relative Entkopplung zwischen Produktions- und Beschäftigungsentwicklung - ein Phänomen -, das erstmals theoretisch und empirisch Jörg Huffs Schmid ausführlich diskutiert hat³.
- In der wirtschaftlichen Entwicklung vollziehen sich insbesondere auf den Märkten Strukturveränderungen. Die fortschreitende Monopolisierung modifiziert die Wirkungsmechanismen des ökonomischen Systems. Dies schlägt sich im Preis-, Investi-

³ J. Huffs Schmid, Entkopplung von Konjunktur und Beschäftigung — Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz fünf Jahre nach der ‚Ölkrise‘; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/1979, S. 75 ff.

tions-, Rationalisierungs- und Profitverwendungsverhalten, aber auch in der Beschäftigungspolitik nieder.

- Die zyklische und trendspezifische Wirtschaftsentwicklung bei gleichzeitig durchgesetzter Strukturdivergenzierung der Konkurrenzverhältnisse zugunsten großer Wirtschaftsaggregate fordert einerseits wachsende, ausdifferenzierte, staatliche Interventionen heraus, die aber andererseits mit dem herrschenden Instrumentarium indirekter, auf marktwirtschaftliche Wirkungsmechanismen setzenden Wirtschaftspolitik nicht effizient und zielorientiert realisiert werden können.

Auf der Basis dieser grundsätzlichen Charakterisierung der „Memorandum“-Analyse lassen sich die theoretischen Elemente, die jedoch im Zusammenhang gesehen werden müssen, zusammenfassen.⁴

Die Instabilitätsthese

Im Vordergrund der Analyse steht der Nachweis, daß die über einzelwirtschaftliche Gewinnerzielung gesteuerten Wirtschaftssysteme - im schroffen Gegensatz zu den Aussagen der orthodoxen Markttheorie - immer wieder zu Krisen und darüber langfristig zu sich vertiefenden Entwicklungsproblemen führen. Die gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse einzelwirtschaftlicher Gewinnrationalität sind „irrational“, denn sie äußern sich kurzfristig in Form von Produktions- und Beschäftigungseinbrüchen und langfristig in steigender Rentabilitäts- und Akkumulationsschwäche. Privat-dezentrale Wirtschaftssysteme sind durch eine instabile Dynamik gekennzeichnet. Dieser Gedanke ist nicht neu; er taucht in frühen Krisen, aber auch Konjunkturtheorien schon auf. Die Tendenz marktwirtschaftlicher Systeme, die Produktionsmöglichkeiten kurzfristig aufgrund mangelnder gesamtwirtschaftlicher Nachfrage nicht ausschöpfen zu können, und damit im Zustand von unterausgelasteten Kapazitäten und Arbeitslosigkeit zu verharren, hat John Maynard Keynes — aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise - beschrieben.

Im Anschluß an die keynessche, gesamtwirtschaftliche Theorie sind neuerdings Instabilitätstheorien entwickelt worden, die die zyklische Dynamik - also das Auf und Ab wirtschaftlicher Entwicklung - im Auge haben, aber auf die damit zusammenhängende Erklärung langfristiger Trendentwicklungen verzichten. Im Unter-

Zur innertheoretischen Kritik vgl.: E. Altvater/W. Semmler/J. Hoffmann, Notwendigkeit und Schwierigkeit eines Programms alternativer Wirtschaftspolitik — Zur Kritik des Memorandums, in: WSI-Mitteilungen 2/1979, S. 61 ff.; Alitorengruppe des WSI, Zum Memorandum 79; in: WSI-Mitteilungen 6/1979, S. 296 ff.; Eine umfassende Auseinandersetzung in der Form von Kritik und Antikritik mit den „Memoranden“ enthält der eigens dazu herausgegebene Sonderband: Alternative Wirtschaftspolitik - Methodische Grundlagen, Analysen und Diskussion; Argument Sonderband AS 35, Berlin 1979 (mit Beiträgen von: J. Berger, R. Hickel, M. Bolle, U. Geipel, J. Glombowsky, J. Goldberg, J. Huffschnid, K.-P. Kisker, A. Oppolzer, W. Pfaffenberger, H. Schneider, R. Seitenzahl, P. Strutynski, K.H. Tjaden, W. Vogt, H.-J. Weißbach). Siehe auch: Jörg Huffschnid, Marktwirtschaft in der Bundesrepublik - Geschichte, Probleme und Perspektiven; in: U. Albrecht/F. Deppe/J. Huffschnid u.a. (Hrsg.), Geschichte der Bundesrepublik, 1979, S. 40 ff. H. Bömers, J. Huffschnid, A. Sörgel, Alternativen Wirtschaftspolitik - Bemerkungen zu den „Memoranden“; in: Festschrift für Josef Schleifstein; erscheint demnächst.

schied zu diesen Instabilitätstheorien stellt die Memorandum-Gruppe den Zusammenhang zwischen ungleicher Einkommensverteilung einerseits und die Wirkungen auf den Ausbau des Produktionsapparats sowie seiner Auslastung andererseits in den Vordergrund der kurz- aber auch langfristigen Krisenerklärung. Es wird davon ausgegangen, daß für entwickelte kapitalistische Systeme, die aus der ungleichen Einkommensverteilung immer wieder resultierende Disproportionalität zwischen Produktionsapparat und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage das Hauptproblem darstellt.

Dieser Grundgedanke läßt sich bei der Erklärung der konjunkturell-zyklischen Krise verdeutlichen; er wird aber — über die Einführung des technischen Fortschritts sowie der strukturell konsumtiven Nachfrageentwicklung — auch für die Erklärung der Langfristtendenz angewandt.

Setzt die Erklärung bei der zyklischen Entwicklung in der Situation des Aufschwungs ein, so läßt sich zeigen, wie darin bereits die Notwendigkeit des nächsten Abschwungs vorgezeichnet ist. Der Aufschwung ist durch besonders günstige Gewinnchancen gekennzeichnet. Die aus der Produktionssphäre hervorgehenden Profite, die über den Löhnen liegen, lassen sich anfänglich problemlos realisieren. Aus dieser ungleichen Einkommensverteilung jedoch resultiert eine folgenreiche, unterschiedliche Verwendungsstruktur. Angesichts günstiger Gewinnrealisierungsbedingungen werden die Profite größtenteils per Investitionsnachfrage für den Ausbau von Produktionsanlagen verwandt; die vergleichsweise niedrigen Löhne fließen in die konsumtive Nachfrage. Die hohe Nachfrage nach Investitionen führt zwar anfangs zu einem sich selbst verstärkenden Aufschwung („Investitionskonjunktur“). Wenn jedoch die Produktionskapazitäten ausgereift sind, stellt sich das Problem ihrer Auslastung. Der trotz des Aufschwungs zurückbleibende private Konsum, der aus den relativ niedrigen Löhnen im Aufschwung resultiert, verschafft sich dann Geltung.

Die Investitionsnachfrage ist mittelbar über die Industrien, die Konsumgüter produzieren, vom Endverbrauch (definitiven Konsum) abhängig. Unzureichende Konsumnachfrage bremst die Investitionsnachfrage; Überkapazitäten sind die Folge. Die Krise ist der Mechanismus, der durch Vernichtung und Entwertung diese Situation der Überakkumulation bereinigt. Erst wenn wieder die reale gesamtwirtschaftliche Nachfrage über den Produktionskapazitäten liegt, kommt es erneut zum Aufschwung. Dieses vereinfachende Grundmodell muß für die Erklärung realer konjunktureller Verläufe — so wie es die Memoranden auch tun — komplettiert werden. Über die Entwicklung der Staats- und Auslandsnachfrage sind ebenso Aussagen zu machen, wie über die Art multiplikativer (Einkommensschaffung über Investitionen) und akzelerativer (Investitionszunahme aufgrund wachsender Nachfrage) Effekte. Die Periode der Reifung von Produktionsanlagen ist zu bestimmen.

Das Grundmodell zeigt jedoch — unter vereinfachenden Annahmen —, wie jeder Konjunkturaufschwung die Tendenz zum Abschwung in sich trägt. Bestimmend ist

die ungleiche Einkommensverteilung, die die Produktions- und Realisierungssphäre krisenerzeugend verkoppelt. Die zyklische Instabilität marktwirtschaftlicher Systeme besteht also darin: einzelwirtschaftliche Gewinnmaximierung, die in der Situation des Aufschwungs einen Ausbau der Produktionskapazitäten rational erscheinen läßt, führt in der gesamtwirtschaftlichen Wirkung zu Überkapazitäten und damit zur Gewinnreduktion in der Krise. Aus der Verwendung der Profite resultiert, daß die damit verbundenen Gewinnerwartungen nicht in Erfüllung gehen. Das System leidet an einer zyklischen Gewinnfalle („Gefangenen-Dilemma“). Die immer mißverständene These der Memoranden wird verständlich. In konjunkturellen Krisen kommt zum Ausdruck, daß die vorangegangenen Profite, die sich in Überkapazitäten vergegenständlichen, zu hoch waren. Eine Verhinderung der Krise durch nachträgliche Korrektur der Einkommensverteilung zu Lasten der Profite ist nicht mehr möglich. Die Profite haben sich in Überkapazitäten materialisiert. Bereits diese wenigen Aussagen zeigen, die Krise steckt in der Systemdynamik; sie ist endogen. Sie zu verhindern, verlangt die dominante Steuerung des ökonomischen Prozesses über Gewinne zurückzudrängen.

Die Rolle wachsender Monopolisierung

In der realen ökonomischen Krisenentwicklung, deren konjunkturelles Grundmuster hier angesprochen wurde, vollziehen sich zugleich strukturelle Veränderungen. Ein Zyklus fügt sich nicht formgleich an den anderen — wie neuere Instabilitätsmodelle unterstellen. Vor allem in Krisen, die neben Arbeitslosigkeit durch Unternehmenszusammenbrüche und verschärften Verdrängungswettbewerb gekennzeichnet sind, verändern sich die Konkurrenzbedingungen. Monopolisierungstendenzen setzen sich durch. Über verschiedene Instrumente (Preispolitik, Markteintrittsbarrieren, Zugriff auf staatliche Leistungen etc.) sichern sich monopolistische Unternehmenseinheiten Gewinnvorteile. Auf die überzyklisch stabile, bessere Profitsituation (Profit im Verhältnis zum eingesetzten Kapital) der Monopole haben die „Memoranden“ auf der Basis von Arbeiten durch eine Autorengruppe um Jörg Huffschmid hingewiesen⁵. Entscheidend ist der Einfluß der Monopolisierung auf das Profitverwendungsverhalten, das Herbert Schui untersuchte⁶. Im Gegensatz zum Unternehmen der vollkommenen Konkurrenz, das im Grundmodell unterstellt wurde, berücksichtigen die monopolisierten Einheiten ihre Absatzchancen bei der Angebotsplanung. Müssen die Monopole davon ausgehen, daß sich die Nachfragesituation (Preisabsatzfunktion) nicht deutlich verbessert, dann verwenden sie die Profite nicht voll für Erweiterungsinvestitionen. Es kommt zu einem alternativen Profitverwendungs-Verhalten. Profite werden anstatt in Erweiterungsinvestitionen, in arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungen, Werbemaßnahmen, ins Ausland

5 Arbeitsgruppe Großunternehmen, Gewinnentwicklung und Gewinnverschleierung in der westdeutschen Großindustrie—Eine Untersuchung der 50 umsatzgrößten Kapitalgesellschaften der Bundesrepublik Deutschland von 1967 bis 1975, Bund-Verlag, Köln 1977, 2 Bde.

6 H. Schui, Stagnation als Folge zunehmend differenzierter Profitraten; in: Konjunkturpolitik 1/1978, S. 16 ff.

und Geld- und Kapitalmärkte gelenkt. Die Monopolisierung erklärt die relative Entkopplung der erzielten Profite von der Verwendung für arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen.

Erzielte Profite stellen also nicht die entscheidende Voraussetzung für Investitionspolitik dar. Erst wenn sich mittelfristig gesicherte Absatz- und damit Gewinnchancen zeigen, kommt es zur Aktivierung investiver Nachfrage, die dann freilich auch später zu Überkapazitäten führen kann. Die endogene Aufschwungkraft ökonomischer Systeme schwächt sich somit ab. Diese Tendenz wird über die monopolistische Preispolitik verstärkt. Die relativ entkoppelte Entwicklung von Preisen und Nachfrage führt dazu, daß in der Krise eine Realaufwertung der Nachfrage durch Preissenkungen nicht eingeleitet werden kann. Diese durch Monopolisierung mitverursachte Abschwächung gesamtwirtschaftlicher Nachfrage verlangt wachsende, kompensierende Staatsinterventionen per Staatsausgaben und Steuerentlastungen.

Probleme der Konsumdynamik

Gewinnorientierte Produktion muß sich per kaufkraftfähiger Nachfrage über Märkte realisieren. Die quantitative Schwäche konsumtiver Nachfrage, die aus der ungleichen Einkommensverteilung zugunsten der Profite resultiert und die immer wieder Disproportionalitäten im Verhältnis zu den aus den Profiten entstehenden Produktionskapazitäten erzeugt, wird in der langfristigen Entwicklung durch qualitative Probleme gesamtwirtschaftlicher Realisierung überlagert. Das Prinzip einzelwirtschaftlicher Gewinnerzielung bevorzugt jene Produkte, die auf Märkten verkauft werden können, d. h. die sich der Käufer durch Bezahlung des Preises aneignen kann. In der längerfristigen ökonomischen Entwicklung verschiebt sich jedoch auch die Nachfragestruktur. Die Nachfrage nach marktvermittelten, an das einzelwirtschaftliche Gewinnkalkül gekoppelten Waren nimmt relativ ab. Dafür schiebt sich die Nachfrage nach Produkten in den Vordergrund, die nach anderen Prinzipien erstellt und verteilt werden müssen. Dabei handelt es sich insbesondere um Leistungen im Rahmen der sozialen Infrastruktur, wie Bildungs-, Umwelt-, Dienstleistungsangebot. Da diese aufgrund ihrer sozial-ökonomischen Relevanz (externe Effekte) nicht am Markt - per Preiszahlung - individuell angeeignet werden können (sollen), müssen alternative Formen der Produktion und Verteilung eingerichtet werden. Insbesondere der Staat übernimmt momentan diese, von der Marktstruktur entkoppelte „politische Produktion“, die auf die Gesellschaft bzw. gesellschaftliche Gruppen ausgerichtet ist⁷.

In den letzten Memoranden werden sinnvolle Felder für derartige, öffentliche Produktion aufgezeigt. Die fiskalische (steuerliche) und zweckspezifische Abhän-

⁷ Vgl. dazu R.R. Grauhan/R. Hickel, Krise des Steuerstaats? Widersprüche, Ausweichstrategien, Perspektiven staatlicher Politik; in: R.R. Grauhan/R. Hickel (Hrsg.) Krise des Steuerstaats? Widersprüche, Perspektiven, Ausweichstrategien; Sonderheft 1/1978 des „Leviathan“, Opladen 1978, S. 24 ff.

gigkeit des Staates vom Markt - im Sinne der Notwendigkeit staatlicher Pflege privater Wertschöpfung — schränkt den Aktionsradius für die Entfaltung zukunftssträchtiger, öffentlicher Dienstleistungsproduktion erheblich ein. Sobald sich die wirtschaftliche Krisensituation verschärft und sich damit die finanziellen Bedingungen durch Steuer ausfälle und der Notwendigkeit zur Finanzierung von Konjunkturprogrammen verschlechtern, sind vorrangig diese wichtigen Bereiche politischer Produktion bedroht. Konservativ neoliberale Staatsökonomien empfehlen, entgegen der realen Entwicklung, diese Bereiche längerfristig durch Reprivatisierung und andere Methoden zu „entstaatlichen“. Diese Argumentation übersieht aber absichtsvoll, daß sich dadurch die Realisierungschancen der gewinnorientierten Produktion niemals verbessern können, denn sie ist ja typischerweise nicht in der Lage, die wachsende qualitative Nachfrage nach öffentlicher Dienstleistungsproduktion einzulösen⁸. Aufgrund dieser Verschiebungen in der Nachfragestruktur resultiert eine sich abschwächende Dynamik marktvermittelten Konsums zugunsten direkt gebrauchswertorientierter, politischer Produktion. Aus diesem Entwicklungsmuster ergeben sich zusätzliche, interne Grenzen für eine Wachstums- und Vollbeschäftigungsstrategie, die die Forcierung gewinnorientierter Produktion in den Vordergrund stellt.

Diese qualitative Betrachtung der Nachfrageentwicklung läßt sich auch auf die gesamten Voraussetzungen und Wirkungen einzelwirtschaftlich ausgerichteter Produktion und Verteilung übertragen. Das einzelwirtschaftliche Gewinnkalkül führt in seiner gesamtwirtschaftlichen Wirkung zu Gefährdungen der Um- und Lebenswelt. Diese Auswirkungen treten immer erst nachträglich auf; das Gewinn-, Preissystem signalisiert sie nicht bei der einzelwirtschaftlichen Produktionsentscheidung.

Analyse langfristiger Krisentendenzen

Diese generelle Charakterisierung der in das Gewinnsystem nicht eingebauten Möglichkeiten, gesamtwirtschaftliche, negative Wirkungen bereits bei den einzelwirtschaftlichen Entscheidungen beachten zu müssen, läßt sich auch für die kapitalistische Durchsetzung des technischen Fortschritts beschreiben. Der durch die Konkurrenz vermittelte Zwang, die Gewinnsituation über die Durchführung von Rationalisierungsinvestitionen zu verbessern, führt im Trend zu gesamtwirtschaftlichen Wirkungen, die die Rentabilitätserwartungen langfristig durchkreuzen. Für die Langfristanalyse lautet daher die Hauptthese der Memoranden: Die einzelwirtschaftlich gewinnorientierte Durchsetzung technischen Fortschritts führt zu überkonjunktureller Überakkumulation und damit zur Verschlechterung der Kapitalrentabilität einerseits und Verlangsamung des Akkumulationstempos andererseits. Rationalisierungsinvestitionen, mit denen bei gesamtwirtschaftlicher Nachfrageschwäche die Kosten-Erlös-Relation verbessert werden soll, bilden nur ein kurzfri-

J. Huffschild, Produktivkraftentwicklung und Wirtschaftsentwicklung im Spätkapitalismus, Manuskript, Bremen 1979, S. 5

stiges Schlupfloch. In der langen Frist führen sie zu einer Disproportionierung zwischen einem gigantischen Angebot, das auf einem hochtechnisierten Produktionsapparat erstellt werden kann, und einer einkommensspezifisch und qualitativ eingeschränkten gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Dieses Dilemma, demzufolge die Profitverwendung für Rationalisierungsinvestitionen zur längerfristigen Verschlechterung der Rentabilitätsbedingungen führt, gilt für alle Formen des technischen Fortschritts:

- Führt der technische Fortschritt zu einer Steigerung der Produktion je Arbeiter, bzw. je Beschäftigtenstunde (Zunahme der Arbeitsproduktivität) — bei angenommener, unveränderter Kapitalproduktivität— kommt es zu dieser beschriebenen Gewinnparadoxie. Werden keine zusätzlichen Investitionen vorgenommen, entsteht aufgrund der Arbeitsplatzvernichtung Arbeitslosigkeit einerseits und darüber Druck auf die Lohnabschlüsse andererseits. Einer darüber eingeschränkten konsumtiven Nachfrage steht ein technisch verbesserter, ergiebiger Produktionsapparat gegenüber. Der Druck auf die Gewinne aufgrund der Realisierungsprobleme ist unübersehbar. Aber auch der Strategie, die Arbeitslosigkeit - bei gestiegenem Einsatz von Kapital pro Arbeiter (Kapitalintensität) - durch Erhöhung der Investitionen zu überwinden, ist kein Erfolg beschieden. Der relativ steigende Kapitaleinsatz (Neuinvestitionen) verlangt unter profitwirtschaftlichen Bedingungen eine entsprechende Erhöhung der Gewinne. Dies geht entweder auf Kosten der Lohn- oder/und Steuerquote. In beiden Fällen schwächt sich die daraus fließende staatliche und privat-konsumtive Nachfrage gegenüber dem erhöhten Produktionsangebot ab. Die empirisch beobachtete, sich öffnende Schere zwischen der Entwicklung der Arbeitsproduktivität einerseits und wirtschaftlichem Wachstum andererseits wird durch die hier vorgebrachten Hinweise erklärt.

- Wird aber davon ausgegangen, der technische Fortschritt würde neben der Arbeitsproduktivität auch die Kapitalproduktivität erhöhen— also arbeits- und kapitalsparend wirken- so wiederholt sich das Gewinndilemma. Die Durchsetzung kapitalsparender Technologien - wie Mikroprozessoren etwa - läßt sich zwar gesamtwirtschaftlich noch nicht durchschlagend feststellen; in einigen Branchen dominieren diese aber schon (vgl. die instruktiven Berechnungen von Jörg Huffschmid). Steigert der technische Fortschritt die Kapitalproduktivität mehr als die Arbeitsproduktivität, dann sinkt der Kapitaleinsatz pro eingesetztem Arbeiter. Vergleichsweise sinkt damit der Kapitaleinsatz für die gesamtwirtschaftliche Produktion. Soll in dieser Situation Überakkumulation verhindert werden, müßten die Investitionen und damit auch die Profite gesenkt werden. Diese gesamtwirtschaftliche Anforderung widerspricht jedoch der Logik profitrationaler Durchsetzung des technischen Fortschritts. Im Verhältnis zu den gesamtwirtschaftlichen Nachfragebedingungen wächst ein überproportionaler Kapitalapparat heran. Aus der einzelwirtschaftlichen Gewinnmaximierung resultiert eine gesamtwirtschaftliche „Gewinnfalle“; die Kapitalrentabilität sinkt durch die unvermeidbare Überakkumulation.

Diese Langfristanalyse, die insbesondere im „Memorandum 1978“ vorgestellt wurde und an der zwischenzeitlich weiter gearbeitet wird, zeigt, daß die rationale Steuerung durch das Prinzip einzelwirtschaftlicher Gewinnmaximierung blockiert wird. Gerade das, was der technische Fortschritt ermöglichen kann, wird durch die Gewinnlogik verhindert: die Weitergabe der Vorteile des technischen Fortschritts an die Arbeitnehmer. Politische Strategien, die auf die Überwindung dieses Gewinndilemmas ausgerichtet sind, müssen an der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und an der Erhöhung der Staatsquote zur Finanzierung politischer Produktion ausgerichtet werden. Dies bedeutet aber von den Kräfteverhältnissen her, die einzelwirtschaftlichen Profitansprüche zurückzudrängen, um das möglich zu machen, was ökonomisch notwendig und sozial erwünscht ist.

Elemente einer alternativen Wirtschaftspolitik

Alternative Wirtschaftspolitik ist prinzipiell auf die Überwindung der hier theoretisch angedeuteten Blockierungstendenzen ausgerichtet. Dabei stellt sie die Lage der Arbeitnehmer in den Vordergrund politischen Handelns. Sie geht davon aus, daß die vorherrschenden Instrumente der Wirtschaftspolitik, die sich prinzipiell - entgegen realer Erfahrungen - auf eine funktionsfähig unterstellte Marktwirtschaft indirekt und global beziehen, überhaupt nicht ausreichen, die kurz-, mittel- und langfristigen Entwicklungsprobleme zu lösen. Dies sei an einem Beispiel verdeutlicht: Im Gegensatz zur keynesianischen Globalsteuerungspolitik, die seit 1967 im „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ verankert ist, wird in den Memoranden davon ausgegangen, daß mit konjunktur-politischen Maßnahmen der Ausbau der politischen Kontrolle verbunden werden muß. Denn durch Strukturveränderungen - etwa wie Monopolisierung, Branchenverschiebungen sowie Rationalisierung - haben sich die Wirkungsmechanismen der Wirtschaft so verändert, daß die wirtschaftspolitischen Impulse nicht zielgerecht wirken. Daraus folgt die Notwendigkeit des Ausbaus eines politischen Kontrollsystems. Aus der mangelnden Effizienz keynesianischer Wirtschaftspolitik kann vernünftigerweise nicht das neoliberal-konservative Credo „Zurück vor Keynes“, sondern nur die Devise „Keynes plus Auflagenpolitik“, die Preis-, Mengen- und Beschäftigungseffekte kontrolliert, resultieren.

Die Zurückdrängung der die Blockierungstendenzen verursachenden Gewinnsteuerung führt zu einem nach Intensität gestuften Einsatz, aufeinander bezogener Maßnahmen alternativer Wirtschaftspolitik, die hier stichwortartig festgehalten werden sollen:

- expansive Lohnpolitik, die die Kaufkraft für immer noch erforderliche Marktprodukte sichert und damit die konjunkturellen Bewegungen abschwächt;
- beschäftigungs- und bedarfsorientierte Finanzpolitik, die den Spielraum für marktentkoppelte, sozialorientierte, politische Produktion erweitert;
- Politik der Arbeitszeitverkürzung, die mittelfristig die Vorteile der Rationalisierung an die Arbeitnehmer weitergibt und die, wie eine neue Untersuchung des „In-

stituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung" (IAB) belegt, in der Vergangenheit stärkere Arbeitslosigkeit verhindert hat (seit 1960 gehen 65 % der Neueinstellungen auf Arbeitszeitverkürzung zurück) sowie bis in die achtziger Jahre dazu beiträgt, daß die zu erwartende Arbeitslosigkeit abgebaut wird (bei Verkürzung der Jahresarbeitszeit um jahresdurchschnittlich 2,2 % und einem Wirtschaftswachstum von 3,5 % pro Jahr bis 1985 wird die Arbeitslosigkeit auf ca. 250 000 abgebaut; ansonsten schnellst sie auf ca. 1,6 Mill. registrierte Arbeitslose);

- Auflagenpolitik, die dafür sorgt, daß die mit Konjunktur- und Strukturprogrammen verbundenen Beschäftigungsziele nicht durch unkontrollierte Preissteigerungen und Rationalisierungen abgeschwächt werden.

Diese funktionellen, kurz- und mittelfristigen Forderungen werden von der Notwendigkeit institutioneller Veränderungen überlagert. Die Fortsetzung der Demokratisierung und der Ausbau der Mitbestimmung sind wesentliche Voraussetzungen zur erfolgreichen Durchsetzung alternativer Wirtschaftspolitik. Der allmählich politischen Zurückdrängung der gewinngesteuerten Wirtschaft steht spiegelbildlich die Notwendigkeit gegenüber, ein alternatives, wirtschaftsdemokratisches System schrittweise durchzusetzen. Denn die Realisierung eines alternativen krisenfreien Wachstumstyps, bei dem die Entscheidung über das Wie, Was, Wofür und Für wen der Produktion an die Arbeitnehmer und ihre Organisationen gegeben wird, verlangt eine bewußte, auf indirekte Wirkungen verzichtende, demokratische, (ex ante) Planung. Aus dieser Perspektive heraus müssen die Ansätze zur Investitions- und Preislenkung als Einstieg in eine alternative, demokratisierte Vergesellschaftung neu diskutiert und die soziale Phantasie darauf gelenkt werden.